

Rita Schäfer

Rechtsprobleme von Frauen in Afrika – Abschaffung von Brautpreiszahlungen

Erste internationale Konferenz gegen Brautpreiszahlungen, Institut für Frauen- und Geschlechterforschung der Makerere-Universität, Kampala (16.-18. Februar 2004)¹

Es war ein historisches Ereignis, denn erstmals in der Geschichte des Kontinents kamen über 150 Wissenschaftlerinnen und Vertreterinnen von Frauenorganisationen aus ganz Afrika am Institut für Frauen- und Geschlechterforschung der Makerere-Universität in Kampala zusammen, um über die Abschaffung von Brautpreiszahlungen zu diskutieren. Juristinnen und Soziologinnen, Politikerinnen, Repräsentantinnen von Frauen- und AIDS-Gruppen, von Kirchen und islamischen Organisationen tauschten sich aus über nationale und lokale Strategien gegen Brautpreiszahlungen. Schließlich beschränken die heute verbreiteten Geldzahlungen eines Bräutigams an die Brauteltern die Mitsprache von Frauen in Ehe und Familie und beeinträchtigen die Durchsetzung ihrer Rechte, so die einhellige Meinung der Konferenzteilnehmerinnen. Die vorkolonialen Formen des Gütertransfers zwischen Verwandtschaftsgruppen haben sich dahingehend gewandelt, dass viele Männer unter Berufung auf ihre inzwischen monetarisierten Brautgaben die absolute Kontrolle und Verfügungsmacht über ihre Ehefrauen beanspruchen, was in vielen Fällen häuslicher Gewalt Vorschub leistet und die wirtschaftlichen Aktivitäten von Frauen massiv beeinträchtigt. Dagegen wollen engagierte Wissenschaftlerinnen und afrikanische Frauen-Rechtsorganisationen nun vorgehen.

Initiator der Konferenz war das Mifumi-Projekt, eine von einer ugandischen Juristin gegründete Frauen-Rechtsorganisation, die im Osten des Landes tätig ist. Mit Beratungs- und Informationsprogrammen will sie die Rechtsrealität von Frauen verbessern und zur Überwindung der gravierenden Geschlechterungleichheiten beitragen. Dreh- und Angelpunkt ist die Überwindung häuslicher und sexueller Gewalt, wodurch auch ein Beitrag gegen die Verbreitung von HIV/AIDS geleistet werden soll. Gemeinsam mit Wissenschaftlerinnen der Makerere-Universität organisierten die Mifumi-Mitarbeiterinnen die Konferenz, um die rechtlichen, ökonomischen und sozio-kulturellen Dimensionen der Brautpreisproblematik zu beleuchten.

Die malawische Juristin Tinyade Kachika erläuterte die innovativen Forschungsansätze des Women and Law in Southern Africa Research Trust (WLSA), eines interdisziplinären Netzwerkes von Juristinnen und Soziologinnen im südlichen Afrika. Seit Anfang der 1990er Jahre verbindet es Rechtsforschungen mit Informationsarbeit, wobei der länderübergreifende Austausch von großer Bedeutung ist. Hierdurch wendet WLSA das Konzept des „Living Law“ an, welches Rechtsdynamiken in den Mittelpunkt stellt. Auf diese Weise sollen die vielschichtigen Rechtsprobleme von Frauen z.B. im Familien- und Eheleben erfasst und neue Handlungsansätze entwickelt werden. Dabei gelten Rechte als Instrumente, die Lebensrealität von Frauen zu verbessern. WLSA sieht seine Aufgabe darin, die Rechtskenntnisse von Frauen zu erweitern und sie zu bestärken, ihre Rechte durchzusetzen. Darüber hinaus arbeitet das Netzwerk an Rechtsreformen im Familien- und Erbrecht, um einen Rahmen für mehr Geschlechtergleichheit zu schaffen.

Dieses Konzept bewerten Juristinnen aus Ostafrika als innovative Neuorientierung. Ann Njouv aus Kenia und Ananilea Nkya aus Tansania zielen ebenfalls darauf ab, den gesetzlichen und institutionellen Rahmen zu ändern, um häuslicher Gewalt Einhalt zu gebieten. Ausgangspunkt ihrer Forderungen ist die schwierige Rechtslage von Frauen, zumal entwürdigende Traditionen wie die monetarisierten Brautpreisforderungen und damit verbundene Kontrollansprüche der Ehemänner das Verhalten von Frauen in vielen Lebensbereichen reglementieren. Aus diesem Grund müssen Rechtsreformen eingeleitet und gleichzeitig grundlegende gesellschaftliche Veränderungen in Gang gesetzt werden.

In ähnlicher Weise ist die Verbindung von Wissenschaft und Praxis das Anliegen der südafrikanischen Psychologin Tina Sideris, die an der Universität Witwatersrand in Johannesburg tätig ist. Ihre Forschung über die Interdependenzen von aggressiven Maskulinitätskonstrukten, Identitätsproblemen junger Männer und der geringen Verhandlungsmacht

¹ Nachabdruck aus: *Recht in Afrika – Zeitschrift der Gesellschaft für afrikanisches Recht*, Köln (Köppe-Verlag), 2004 S. 103-105 – mit freundlicher Genehmigung.

von Frauen bildet eine wichtige Grundlage für die Arbeit eines ländlichen Beratungsprojektes in Südafrika. So betonte Frau Sideris, wie wichtig es ist, Brautpreiszahlungen als Machtfaktor im Kontext weitreichender gesellschaftlicher Ungleichheiten zu analysieren.

Sylvia Tamale, Juristin und Soziologin an der Makerere-Universität, illustrierte die Geschlechterhierarchien in der ugandischen Gesellschaft und unterstrich die Notwendigkeit, ausgehend vom internationalen Menschenrechtsinstrumentarium auf nationaler Ebene einen neuen legislativen Rahmen zu schaffen, um gegen alle Formen der geschlechtsspezifischen Gewalt vorzugehen. Anhand zahlreicher empirischer Fallbeispiele erläuterte sie, wie die Unterordnung von Frauen, eheliche Gewalt und Brautpreiszahlungen interdependent verbunden sind. Ihre Forschungen bilden seit etlichen Jahren eine wichtige Grundlage für Gesetzesentwürfe und Rechtsreformen.

Neben den Wissenschaftlerinnen kamen viele Aktivistinnen zu Wort. Noerine Kaleeba, die Gründerin des ugandischen AIDS-Netzwerks TASO, und Alice Emasu, die ein Projekt für Flüchtlingsfrauen aus den Kriegsgebieten in Uganda initiiert hat, veranschaulichten die Zusammenhänge von ehelichen Machtverhältnissen, der Schutzlosigkeit von Frauen und Mädchen in den fortdauernden Gewaltkonflikten und der Ausbreitung von HIV-Infektionen. So werden Mädchen in Flüchtlingslagern früh verheiratet, um Brautpreiszahlungen zu erhalten, die aus der Sicht der jeweiligen Väter als willkommene Einkommensquelle gelten. Allerdings sind die zahlungskräftigen älteren Ehemänner häufig HIV-positiv und infizieren die Mädchen. Wenn die jungen Frauen verwitwen, sind sie und ihre Kinder mit großen Existenzproblemen konfrontiert. Dies verdeutlicht, wie dringlich Hilfe für die Betroffenen und strukturelle Maßnahmen zur Bewältigung der Problemlage sind.

In allen Vorträgen und Diskussionen wurde deutlich, dass die Abschaffung des monetarisierten Gütertransfers bei Eheschließungen als wichtiger Schritt zur Reduzierung der geschlechtsspezifischen Gewalt gilt. Außerdem hoffen die Aktivistinnen, auf diese Weise die Durchsetzung von Frauenrechten zu verbessern. Mit großer Einmütigkeit verabschiedeten die Konferenzteilnehmerinnen die Kampala-Deklaration gegen Brautpreiszahlungen, die sich auf internationale Abkommen wie die universelle Erklärung der Menschenrechte, die Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women (CEDAW) und die Aktionsplattform von Peking bezieht. Die Regierungen der afrikanischen Länder, zivilgesellschaftliche Gruppierungen und der Generalsekretär der Vereinten Nationen werden darin aufgefordert, gegen den Geld- und Gütertransfer im Rahmen einer Eheschließung vorzugehen und die

Rechte von Frauen und Mädchen zu sichern. Staatliche Institutionen und Nichtregierungsorganisationen sollen konstruktiv zusammenarbeiten, um die Verhandlungsmacht von Frauen bei familiären, ökonomischen und reproduktiven Entscheidungen zu stärken.